



Editorial: Hessische Blätter für Volksbildung 2/2025

Schlagworte: Editorial; Erwachsenenbildung; Wissenschaft;
Praxis; Hessische Blätter

Zitiervorschlag: *Ehse, Christiane; Dust, Martin; Feld, Timm C.*
(2025). Editorial. *Hessische Blätter für Volksbildung*, 75(2), 5-8.
Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/HBV2502W001>

E-Journal Einzelbeitrag
von: Christiane Ehse, Martin Dust, Timm C. Feld

Editorial

aus: Politische Bildung – Neue Wege, neue Möglichkeiten
(HBV2502W)
Erscheinungsjahr: 2025
Seiten: 5 - 8
DOI: 10.3278/HBV2502W001



Editorial

CHRISTIANE EHSES, MARTIN DUST, TIMM C. FELD

Die gegenwartsdiagnostischen Einschätzungen eines *Krisenzeitalters*¹ mit ihren je spezifischen Ursachen und Manifestationen (Klimawandel, Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Nahost-Konflikt, Rechtsruck, steigender Antisemitismus etc.) führen notwendigerweise zu Reflexionen im Bereich der politischen (Erwachsenen-)Bildung. Dabei zeigt sich, dass bisher beständige Grundwerte politischer Bildungsarbeit zunehmend infrage gestellt werden, sich neue Bedarfe herauskristallisieren und gewohnte Reaktionsweisen an ihre Grenzen stoßen.

Dieses Themenheft zur politischen (Erwachsenen-)Bildung schließt an die beiden Hefte zur Demokratiebildung (2018/2019) an, thematisiert und diskutiert somit auch den aktuellen Stand des Feldes, richtet seinen Blick darüber hinausgehend allerdings zentral auf die sich zeigenden Desiderate und notwendigen Entwicklungslinien im Kontext global-gesellschaftlicher Herausforderungen. Gefragt wird ebenso nach neuen Wegen, Möglichkeiten, Innovationen und Relevanzsetzungen wie auch nach Neubewerteten Sichtweisen, Zielgruppenansprachen, der Einordnung von politischen Förderprogrammen sowie neuen methodischen Formaten.

Die Fokussierung auf die Erwachsenenbildung stellte für uns als verantwortliches Redaktionsteam bei der Erstellung des Heftes eine große Herausforderung dar. Zweifelsohne gibt es relevante Bedarfe in der Erwachsenenbildung und der Erwachsenenbildungsforschung. Allerdings gestaltete sich die Suche nach dem passenden Referenzfeld schwierig. Derzeit existiert nur ein einziger Lehrstuhl für Erwachsenenbildung in Deutschland, der explizit mit dem Schwerpunkt der politischen Bildung ausgewiesen ist (Prof. Dr. Helmut Bremer, Universität Duisburg-Essen).² Daher wird der Diskurs über aktuelle Themen der politischen Bildung hauptsächlich aus dem Bereich der Politikdidaktik für Lehramtsstudierende sowie der (außer)schulischen Jugendbildung und des Sozialwesens geführt. Diese Situation lässt sich bereits jetzt als Mangel an genuin erwachsenenpädagogischen Perspektiven kennzeichnen. Aus die-

1 Vgl. u. a. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (2022): Environment of Peace: Security in a New Era of Risk. Online: <https://www.sipri.org/publications/2022/policy-reports/environment-peace-security-new-era-risk>.

2 Vgl. Übersicht der Bundeszentrale für politische Bildung über die Professuren und Forschungseinrichtungen der politischen Bildung in Deutschland. <https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/194233/professuren-und-forschungseinrichtungen/>.

sem Grund haben wir die Autorinnen und Autoren dieses Heftes gebeten, in ihren Beiträgen, sofern möglich, Transferarbeiten aus dem Bereich der schulischen oder sozialarbeiterischen bzw. sozialpädagogischen Bildung zur Erwachsenenbildung zu leisten.

Das Forschungs- und auch Praxisfeld der politischen Erwachsenenbildung wurde lange Zeit wenig gepflegt und gehegt. Insgesamt können zwei Jahrzehnte Rückbau und Zerschlagung von Strukturen der politischen Bildung in den 1990er- und 2000er-Jahren beobachtet werden (vgl. Gill in diesem Heft). So wurden Orte der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung geschlossen, in Hessen z. B. alle Strukturen und Institutionen jenseits der Burg Fürsteneck um das Jahr 2000.³ Dabei bildete die frühere Heimvolkshochschule und spätere Hessische Erwachsenenbildungsstätte Falkenstein für viele Erwachsenenbildnerinnen und -bildner eine Schlüsselinstitution für die biografische Sozialisation und Professionalisierung. Dieser Verlust konnte bis heute nicht kompensiert werden.

In den vergangenen Jahren erfolgte eine Ausweitung von Angeboten, meist in Gestalt von Förderprogrammen (z. B. Demokratie leben seit 2015), für die beachtliche Summen investiert wurden. Autorinnen und Autoren in diesem Heft beklagen insbesondere in den derzeit dominierenden Programmen zur Prävention von Extremismus als dahinterliegende Intention „eine instrumentelle Erwartungshaltung“ (vgl. Gill in diesem Heft) und eine misstrauensbasierte Grundhaltung, der das Narrativ der „wehrhaften Demokratie“ zugrunde liegt und die verengt auf Extremismusbekämpfung und Prävention ausgerichtet ist (vgl. Bremer et al. in diesem Heft). Bei aller berechtigten Kritik an den staatlichen Einflussnahmen über Förderprogramme sollte trotzdem erwähnt und gewürdigt werden, dass staatliche Förderung der politischen Bildung auf jeden Fall begrüßenswert ist, auch im Hinblick darauf, dass es eine solche Förderung in anderen Ländern/Nationen gar nicht oder weniger gibt.

Die Auseinandersetzungen und Suchbewegungen zeugen letztendlich auch von einer gewissen Ratlosigkeit, welche Rolle und welchen Einfluss politische Bildung auf die Fragen von Aufklärung, der demokratischen Persönlichkeitsentwicklung, der Partizipation, der persönlichen Selbstwirksamkeit, des zivilen Diskurses und eines demokratischen Zusammenlebens in der Gesellschaft (noch) ausüben kann. Vorschläge in diesem Heft sind z. B. eine stärkere Sozialraumorientierung, Prinzipien der Adressat:innen- und Teilnehmendenorientierung, Formate aufsuchender Bildungsarbeit, inklusive politische Bildung oder der Ansatz selbstorganisierten Lernens in der kulturellen Bildung.

Der einführende Beitrag von *Helmut Bremer, Songül Cora, Catrin Opheys und Tim Zosel* rahmt die Veränderungen der Verfasstheit politischer Bildung im sich verändernden Feld gesellschaftlicher Herausforderungen und entsprechenden „Zurufen“ der darin eingebundenen Akteure. Der Beitrag plädiert mit Blick auf eine Teilnehmendenorientierung für eine ungleichheitssensible Erwachsenenbildung. Unter dem

³ Die beiden Jugendbildungsstätten des Landes Hessen auf dem Dörnberg (Nordhessen) und in Dietzenbach (Süd Hessen) sowie die Erwachsenenbildungsstätte Falkenstein wurden Ende des Jahres 2000 geschlossen, weil man aufseiten der Landespolitik Sparauflagen befolgte und den bildungspolitischen Auftrag der re-education als erledigt betrachtete.

derzeitigen Druck, dem die politische Bildung ausgesetzt ist, entziffert *Tina Hölzel-Chokharash* die Instrumentalisierung von Inklusionsformeln und die Nutzung des Beutelsbacher Konsenses als Waffe der Neutralität vonseiten rechter Akteure gegen eine demokratische politische Bildung. Der Beitrag plädiert für einen „klaren menschenrechtsorientierten Rahmen“ in der politischen Bildung, in dem sich das im Beutelsbacher Konsens eingeschriebene Kontroversitätsgebot bewegen müsse – auch zur anwaltlichen Wahrung inklusiver politischer Bildung. Aktuelle Debatten im Licht einer Selbstvergewisserung der politischen Erwachsenenbildung angesichts der Herausforderung von Rechtspopulismus als Krisenphänomen der Demokratie beschreibt *Michael Görtler*. Neue Anknüpfungspunkte erkennt der Beitrag in der Anknüpfung an andere Disziplinen wie die Soziale Arbeit und verortet die in dieser Schnittstelle angesiedelten Konzepte der Sozialraumorientierung oder der aufsuchenden Bildungsarbeit. Solche Anlässe lösen sich von institutionellen Strukturen und suchen milieu- und lebensweltliche Räume der Adressaten auf. Der Beitrag von *Bernd Käßpflinger* reflektiert den Radikalerlass aus den 70er-Jahren, versucht diesen in seinem historischen Kontext zu begreifen und zieht Lernerfahrungen daraus. Der Artikel versteht sich als eine Positionierung, lädt zum Diskurs ein und stellt eine Brücke zwischen den wissenschaftlichen Beiträgen und den folgenden Praxisbeiträgen her.

Thomas Gill unternimmt eine Standortbesichtigung der Gegenwartsverfasstheit politischer Bildung. Gegenüber einer kritisch als tendenziell beurteilten autoritär verfahrenen präventiven Demokratieförderung beschreibt der Beitrag als mögliche Lösungen exemplarisch Ansätze wie die inklusive politische Bildung mit starkem Teilnehmendenbezug, aufsuchende politische Bildung sowie eine politische Bildung, die in sozialen, lebensweltlichen Räumen verankert ist. Der Praxisbeitrag von *Michael Lesky* widmet sich veranschaulichend dem Ansatz der aufsuchenden Bildung und zieht Schlüsse aus einem Projekt aus Baden-Württemberg. Dass Demokratiebildung in selbstorganisierten Gruppen gewissermaßen „beiläufig gelernt“ werden kann, demonstriert das Beispiel eines Buchclubs, den *Dorothea Stoeber-Grobe* in der vhs Weimar angestoßen hat. Der Beitrag resümiert, welche Lernerfahrungen im gemeinsamen Austausch über Literatur entstehen können und was diese miteinander geteilten Erfahrungen mit Demokratie zu tun haben. Selbstorganisierte Lern- und Erkundungsgruppen finden sich seit Jahren in Schweden als etabliertes Format. Studienzirkel.

Der Beitrag von *Helle Becker* benennt widersprüchliche Anforderungen und Bedürfnisse in der Bevölkerung an Politik als Ansatzpunkte politischer Bildung, die Auseinandersetzung und die Thematisierung von Transformationsprozessen gerade in einer pluralen Gesellschaft zum Gegenstand haben sollte. Die Autorin plädiert für eine Vielfalt der Formate und eine Ergebnisoffenheit, deren Einlösung sie aber in der derzeitigen Förderpolitik eher behindert sieht. „Arenen“ für Diskurse, wie von *Helle Becker* gefordert, bieten Kommunen mit ihren vielfältigen Ansatzpunkten der Interessenartikulation im regionalen Nahbereich. *Erich Holzwarth* und *Vinzenz Huzel* beschreiben Erwartungen, Wünsche und Hoffnungen an die politische Erwachsenenbildung aus kommunaler Sicht. Städte und Gemeinden bilden Kulminationspunkte von multiplen Krisen. Sie sind daher angewiesen auf ermutigte und kompetente Mitglie-

der lokaler Gremien. Der Beitrag benennt Anforderungen an Angebote politischer Bildung, um hierfür Kompetenzerwerb zu ermöglichen.

Den Abschluss bildet eine Reflexion von *Steffen Wachter* über die im Januar dieses Jahres durchgeführte Bundesfachkonferenz des Bundesarbeitskreises „Politik, Gesellschaft und Umweltbildung“ (DVV) in Hamm. Der Beitrag verdeutlicht die Herausforderungen der Volkshochschulen, sich in den Kontroversen und Diskursen zu verorten und ihrem aufklärerischen Bildungsauftrag „für alle“ gerecht zu werden.

Die Beiträge im vorliegenden Heft beschreiben aktuelle Diskurse, nehmen Standortbestimmungen vor und skizzieren Ansätze, die zum Teil disziplinübergreifend, fast alle lebensweltlich, niederschwellig und aufsuchend agieren. Hierbei werden auch Zielgruppen fokussiert und aufgrund ungleicher Zugänge besonders adressiert.

Die Redaktion möchte am Ende dieses Editorials trotzdem auch das Wort für die institutionellen Orte der Bildung und Begegnung ergreifen. Diese sind durch die vorgeschlagenen Entgrenzungen bzw. „Veralltäglichen“ in den Suchbewegungen von politischer Bildung nicht zu vernachlässigen. Bildungsurlaube beispielsweise in Bildungsstätten bieten lernförderliche Distanz zum Alltag, ermöglichen manchmal erstaunliche Übereinstimmungserfahrungen unterschiedlicher Milieus, sie bieten auch Raum für Experimente und für eine Reflexion, die in kurzen betriebs- bzw. quartiersbezogenen Berührungen mit Themen gar nicht erst ermöglicht werden. Viele solcher expliziter Bildungsorte sind Sparzwängen zum Opfer gefallen, aber es gibt z. B. noch Heimvolkshochschulen vor allem in Niedersachsen oder auch konfessionelle Akademien wie z. B. Hofgeismar oder Loccum, die durchaus Potenziale für Erfahrungen politischer Bildung bereitstellen. Diese wie auch neu zu schaffende Orte sollten in Forschung und Praxis wie auch in bildungspolitischen Auseinandersetzungen nicht vergessen werden.

Autorin

Christiane Ehses, Dr. phil., stv. Verbandsdirektorin und pädagogische Leitung des Hessischen Volkshochschulverbandes e.V.

Autoren

Martin Dust, Dr. phil., Geschäftsführer der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung des Landes Niedersachsen

Timm C. Feld, Dr. phil., Leitung der Volkshochschule der Stadt Wetzlar